

**DI<sup>in</sup> Maria Patek, MBA**  
Bundesministerin für  
Nachhaltigkeit und Tourismus

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: BMNT-LE.4.2.4/0148-RD 3/2019

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)87/J-NR/2019

Wien, 23. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Eva-Maria Holzleitner, BSc, Kolleginnen und Kollegen haben am 13.11.2019 unter der Nr. **87/J** an die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend klimapolitische Zusammenarbeit im EWR gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zur Frage 1:**

- Wie lautet die Position Ihres Ressorts zum genannten Vorschlag insgesamt und zu dessen wesentlichsten Bestimmungen?

Der Vorschlag wurde am 23. Oktober 2019 im Ausschuss der Ständigen Vertreter II und am 24. Oktober 2019 im Rat für Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz angenommen. Am 25. Oktober 2019 wurde die Entscheidung im Gemischten Ausschuss des Europäischen Wirtschaftsraums bestätigt.

**Zur Frage 2:**

- Sind weitere Ressorts mit dem Vorschlag befasst?

Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres war als federführendes Ressort beteiligt.

**Zu den Fragen 3 und 4:**

- Stimmen Sie mit der Rechtsgrundlage des Vorschlags überein?
- Entspricht der Vorschlag den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit?

Ja.

**Zu den Fragen 5 bis 7:**

- Werden auf Grund des Vorschlages Änderungen an österreichischen Rechtsnormen erforderlich?
  - a. Wenn ja: welche Bundesgesetze sind betroffen?
- Sind durch den Vorschlag Kompetenzen der Bundesländer betroffen?
  - a. Wenn ja: auf Grund welcher Bestimmung(en) des Vorschlags?
- Enthält der Vorschlag Bestimmungen, die im österreichischen Recht nur durch Bundesverfassungsgesetz getroffen werden könnten?

Nein.

**Zur Frage 8:**

- Wie ist die Position anderer Mitgliedstaaten zum Vorschlag?

Alle Mitgliedstaaten haben dem Vorschlag zugestimmt.

**Zur Frage 9:**

- In welcher EU-Ratsformation wird der Vorschlag behandelt?

Der Vorschlag wurde im Rat Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz behandelt.

**Zur Frage 10:**

- In welchem vorbereitenden Gremium des Rates der EU wird der Vorschlag behandelt?

Der Vorschlag wurde in der Ratsarbeitsgruppe Umwelt und in der Folge in der Ratsarbeitsgruppe EFTA behandelt.

**Zu den Fragen 11 und 12:**

- Fanden bereits Sitzungen in diesem Gremium statt?
- Besteht ein Zeitplan für die Behandlung des Vorschlags?

Der Vorschlag wurde im Rat bereits angenommen.

**Zur Frage 13:**

- Welche Art von Gesetzgebungsverfahren kommt zur Anwendung?

Die Beschlussfassung über den EU-Standpunkt erfolgt gemäß Artikel 218 Absatz 9 AEUV.

DI<sup>in</sup> Maria Patek, MBA

